

Thomas Birk (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Heilmann! Ich bin jetzt ein bisschen verblüfft. Ich habe jetzt gewartet, was Sie eigentlich machen wollen, und da kam ja nichts.

[
Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN und den PIRATEN]

Darauf kann ich jetzt nicht eingehen. Es ist ja hier offen-sichtlich eine Aktuelle Stunde, die niemanden von der Koalition interessiert.

[Andreas Gram (CDU): Entschuldigung! Sind wir niemand?]

– Na, ja, wenige. Wenige Leute würde ich sagen. – Das gibt mir Gelegenheit, kurz auf Herrn Rissmann einzugehen, was unser Engagement zur Cyberkriminalität angeht.

[Zurufe von Anja Kofbinger (GRÜNE), Uwe Doering (LINKE) – Unruhe – Oliver Höfinghoff (PIRATEN): Das sind hier Zustände wie im Innenausschuss!]

Herr Rissmann! Sie müssen auch einmal Ursache und Wirkung untersuchen! Vielleicht nehmen Sie zur Kenntnis, dass Philipp Albrecht auf EU-Ebene die Reform des EU-Datenschutzrechts zusammen mit einem Kollegen von der CDU federführend bearbeitet hat. Leider scheitert die Reform an dieser CDU-geführten Bundesregierung. Wenn die durchkäme, dann wäre da ein Boden gelegt, um zum Beispiel Cyberkriminalität zu verhindern.

[Beifall bei den GRÜNEN – Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Ich nehme das Thema durchaus ernst. Ich kann mich erinnern, dass wir für meinen inzwischen verstorbenen Vater gleich mehrmals anwaltliche Hilfe in Anspruch nehmen mussten, um ihn aus den Fängen von Cyberkriminellen zu befreien. Ich verstehe da nur nicht, warum die CDU per Vorratsdatenspeicherung die Daten von genau den Bürgerinnen und Bürgern, wie zum Beispiel meinem Vater, speichern wollen, die sie eigentlich schützen will. Nach den Offenbarungen von Herrn Snowden über amerikanische und britische Geheimdienste und Firmen, die in ihrem Auftrag arbeiten, müssen wir uns doch ernsthaft fragen, von wem eigentlich die größere Bedrohung ausgeht. Dazu möchte ich unseren Bundespräsidenten Joachim Gauck aus einem „FAZ“-Interview vom 24. Januar 2014 zitieren. Er sagt: Ich hätte niemals gedacht, dass das unheimliche Gefühl, die da oben wissen alles über mich, in einer freiheitlichen Gesellschaft entstehen könnte. Auch wenn man den Geheimdienst eines demokratischen Staats nicht mit der Stasi gleichsetzen kann, so ist es doch inakzeptabel, dass Millionen von Bürger, darunter auch Familienmitglieder und Freunde, anfangen, sich am Telefon ähnlich zu verhalten, wie wir das früher in der DDR getan haben. Wenn es so weit gekommen ist, dann ist etwas schiefgelaufen. Dem kann ich mich nur anschließen.

[Beifall bei den GRÜNEN und den PIRATEN]

Herr Kohlmeier! Wo sind denn die geklauten Daten von zwei Dritteln der Firmen gelandet, die da abgezogen wurden? Wir haben hier auf dem Datenschutztag vor zwei Tagen in diesem Hause gelernt, dass viele von diesen Daten bei der NSA und den Firmen gelandet sind, weil es eben im amerikanischen Interesse zu sein scheint. Heribert Prantl hat auf dem gleichen europäischen Datenschutztag hier im Haus vor der Untergrabung unserer Grundwerte und unseres Grundgesetzes gewarnt und die Entwicklung vom Rechtsstaat zum Sicherheitsstaat beklagt. Bei der gleichen Tagung hat ein IT-Reporter gesagt, am sichersten sei es, sich mit Open-Source-Software zu schützen, die NSA nutze auch Linux. Das sollte unseres Erachtens nicht nur für die Server gelten, sondern auch für den Standard-IT-Arbeitsplatz in den Verwaltungen.

Damit komme ich zu Berlin. – Herr Heilmann! Sie wollen die Bürgerinnen und Bürger vor Cybercrime schützen. Aber wie sicher ist eigentlich die Berliner Verwaltung? Wie sicher sind sensible Daten von Menschen, die in Datensätzen der Verwaltung gespeichert werden, wenn zwei Drittel der IT-Arbeitsplätze – und das war die Aussage vom Montag – noch auf Windows XP laufen, obwohl Microsoft seinen Support und die Sicherheitsupdates am 8. April einstellen wird? Auch viele Fachverfahren laufen noch auf Windows XP, weil die Fachverwaltungen noch keine Anpassung vorgenommen haben – unter anderem das Meldeverfahren MESU, das in den Bürgerämtern genutzt wird. Somit sind möglicherweise viele Meldedaten ernsthaft gefährdet. Insofern ist die Nachricht, dass da schon vier E-Mail-Adressen gehackt wurden, keine gute Nachricht, und da haben Berlin und vor allem die Innenverwaltung einiges zu tun. Wir setzen da nach wie vor auf Open-Source-Software. Wir fordern, dass jetzt sofort eine Task-Force eingesetzt wird, um ressortübergreifend und zentral gesteuert Sofortmaßnahmen zu unternehmen. Wenn es um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger geht, sollte Berlin vor und hinter seiner eigenen Haustür kehren, um die Bürger und die Verwaltung tatsächlich vor Cybercrime zu schützen.

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN und den PIRATEN]